

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o j n a y

Wien, am Freitag, den 23. August 1929. Zweite Ausgabe

.....

Jährlich 14.000 Kündigungen in Wien. Die Wiener Polizeidirektion hat gestern in ihrer Korrespondenz einen an sie gerichteten Brief einer wohnungssuchenden Familie aus Hernals veröffentlicht, der über eine arge Wohnungsnot Klage führt. Die sofortige Ueberprüfung des Falles durch das städtische Wohnungsamt hat ergeben, dass die Familie Berninger, um die es sich handelt, tatsächlich in sehr trostlosen Wohnungsverhältnissen lebt. Dass das Wohnungsamt auch in diesem Falle zu helfen bereit ist, beweist schon die Tatsache, die ja auch von der Polizeidirektion anerkannt werden musste, dass die Familie Berninger zur Unterbringung beim Wohnungsamt vorgemerkt ist. Leider war es diesem infolge der grossen Zahl gleicher und oft auch noch dringlicherer Fälle bisher nicht möglich, die Familie Berninger anderswo unterzubringen. Wenn man berücksichtigt, dass in Wien jährlich 10.000 bis 14.000 gerichtliche Kündigungen vor sich gehen und die Gemeinde bemüht sein muss, vor allem die schuldlos obdachlos gewordenen Parteien mit Wohnungen zu versorgen, so erhellt schon diese Tatsache allein die Unmöglichkeit, in allen übrigen und ebenfalls dringenden Fällen so rasch, als es wünschenswert wäre, zu helfen. Das Wohnungsamt muss jedoch auch noch aus andern Gründen, wie ^{es} zum Beispiel der Fall der Rossauerkaserne beweist, Parteien unterbringen. Aus der Rossauerkaserne müssen bekanntlich 95 Parteien ausziehen. Den harten Bemühungen des Wohnungsamtes gelang es, die Räumungsfrist auf einen längeren Zeitabschnitt zu erstrecken. Da aber beispielsweise diese 95 Parteien nichtsdestoweniger untergebracht werden müssen, erfährt naturgemäss die Erledigung von Wohnungsansuchen anderer Parteien, die, wenn auch ein schlechtes, aber immerhin doch ein Obdach haben, eine bedauerliche Verzögerung. Der Fall Berninger zeigt die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das Wohnungsamt zu kämpfen hat, und er wird es wohl auch der Oeffentlichkeit begreiflich erscheinen lassen, dass das Wohnungsamt mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bemüht ist, jede brauchbare Wohnung für die Unterbringung solcher Fälle zu behaupten. Das sind die Ursachen, warum in so dringenden Fällen leider nicht zeitgerecht geholfen werden kann. Der Fall der Familie Berninger gibt wieder Anlass, darauf zu verweisen, wie es in der Stadt Wien mit dem Wohnungswesen bestellt wäre, wenn nicht die Gemeinde Wien Jahr für Jahr 6.000 neue Wohnungen bauen würde, um das aus früherer Zeit ererbte Wohnungselend zu mildern.

.....